

Pressefreiheit

Linker Umgang mit Journalisten

Die Parteichefs der Linkspartei fordern die eigene Fraktion zu einem fairen Umgang mit kritischen Journalisten auf. „Aus historischen Gründen und auch bezüglich aktueller Anlässe“, so Parteichefin Katja Kipping, „möchte ich betonen, dass die Pressefreiheit für die Linke ein hohes Gut ist und bleibt.“ Hintergrund für die Mahnung ist der Umgang mit Pressevertretern. Die Fraktion hatte den „Tagespiegel“-Redakteur Matthias Meisner, der seit 1999 über die Partei berichtet, nicht zum Jahresauftakt gebeten und zu Hintergrundgesprächen der Fraktion nicht mehr eingeladen. Parteichef Bernd Riexinger kritisierte dies und sagte:



Riexinger, Kipping

„Bei der Partei sind alle Journalisten zu jeder Zeit willkommen.“ Meisner hatte sich zudem über den Linken-Abgeordneten Diether Dehm beschwert, der ihn und Kollegen auf einer Veranstaltung laut als „Schreibagenten“ von der „BND-Tankstelle“ beschimpft hatte. „Diese Äußerungen sind vollkommen deplatziert und entbehren jeder sachlichen Auseinandersetzung“, rügt Harald Wolf, Bundesgeschäftsführer der Partei. *abe, kev*

Aus rechtlichen Gründen wurde dieser Artikel nachträglich bearbeitet.

BND-Mitarbeiter
Nebenjob bei Axel Springer

Das Verlagshaus Axel Springer beschäftigte zeitweise einen hauptamtlichen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) als stellvertretenden Sicherheitsmanager. Das bestätigte eine Sprecherin des Springer-Konzerns auf Anfrage. Der Nebenjob des Geheimdienstlers in dem Medienunternehmen („Bild“, „Welt“) sei vom BND genehmigt gewesen, da sich der Beamte nach einer anderen Beschäftigung umgesehen habe. Allerdings habe man die Zusammenarbeit im Jahr 2013 nach nur wenigen Monaten wieder beendet. Während seiner Zeit bei Springer habe der BND-Beamte „keinen Zugang zu sensiblen Informationen gehabt“, so die Verlagsspreche-

rin. Der BND-Beamte selbst ließ über seinen Anwalt ausrichten, dass das Beschäftigungsverhältnis mit dem Springer-Verlag „nicht darauf angelegt“ gewesen sei, „dem BND Erkenntnisse zu verschaffen“. Der Bundesnachrichtendienst lehnte eine Stellungnahme zu dem Vorgang ab. Aktuell ist der 45-jährige BND-Mitarbeiter, der den Rang eines Oberregierungsrats hat, vom Dienst suspendiert, weil er wegen einer anderen brisanten Sache in Berlin vor Gericht steht: 2014 soll er vertrauliche Informationen über zwei BND-Verbindungsleute illegal an den Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter (CDU) weitergegeben haben. Zum Vorwurf der Verletzung des Dienstgeheimnisses wollte der Angeklagte vor Gericht zunächst keine Aussagen machen. *kno, red*

Militärindustrie

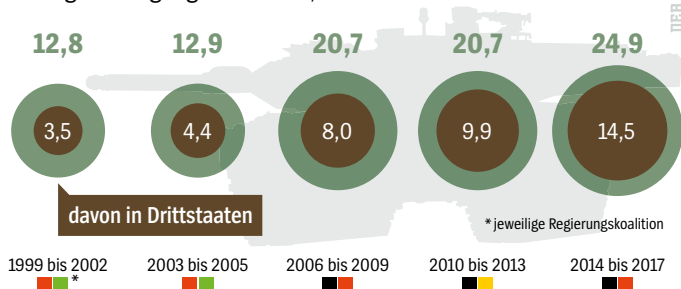
Waffenturbo GroKo

Von keinem anderen Regierungsbündnis hat die deutsche Rüstungsindustrie in der Vergangenheit so stark profitiert wie von den beiden Großen Koalitionen unter Kanzlerin Angela Merkel. Das zeigt eine Auswertung der Rüstungsexportberichte der Bundesregierung seit 1999. So genehmigte die derzeitige GroKo von 2014 bis 2017 mehr als viermal so viele Rüstungsexporte in „Drittstaaten“ wie die erste rot-grüne Koalition, die bis 2002 regierte. In die Katego-

rie „Drittstaaten“ fallen Länder, die weder zur Nato noch zur EU gehören oder als unproblematisch gelten, wie etwa Australien. Schon Merkels erste schwarz-rote Regierung sorgte von 2005 bis 2009 für einen Wachstumsschub, während die Exporte unter der folgenden schwarz-gelben Regierung nur moderat anstiegen. In den vergangenen Jahren profitierten besonders Länder wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Algerien und Ägypten von den großzügigeren deutschen Exportgenehmigungen. *ona*

Deutsche Rüstungsexporte

Einzelgenehmigungen weltweit, in Mrd. €



Affären

Joosts Märchen

Der „Digital Champion“ der Bundesregierung, Gesche Joost, sagt die Unwahrheit. Der SPIEGEL und das ARD-Magazin „Report Mainz“ hatten enthüllt, dass Joost eine „Aufwandsentschädigung“ von mehr als 50 000 Euro jährlich bekam, obwohl die Internetbotschafterin offiziell ehrenamtlich für das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) arbeitete. Daraufhin hatte Joost der Deutschen Presse-Agentur erklärt, ihr Vertrag habe zwei Aufgabenbereiche umfasst. Nur das Amt des Digital Champion für Deutschland in der EU sei ein Ehrenamt gewesen. Für weitere Leistungen an das Ministerium sei sie „moderat“ bezahlt worden. Auch auf Twitter schrieb Joost, der Vertrag habe „zwei Teile“. Doch interne Unterlagen widerlegen diese Argumentation. Im Vertrag zwischen Joost und dem BMWi wird nicht zwischen zwei Teilen unterschieden. Er umfasst neun Leistungen,



Joost

allesamt vergütungsrelevant. Auch in den Rechnungen, die Joost ans Wirtschaftsressort schickte, ist nicht von einer Zweiteilung die Rede. Joost kassierte 3800 Euro plus 722 Euro Mehrwertsteuer monatlich laut Rechnung für „Leistungen Digital Champion“. In der „Leistungsübersicht“ für das BMWi gab sie etwa für den Zeitraum vom 1. April 2017 bis 30. Juni 2017 ein „Digital Champions Meeting in Malta“ an. *sve*